

→ Positionspapier zur Prämienentlastungs-Initiative

DIE PRÄMIEN SIND EIN BEDEUTENDER AUSGABEPOSTEN IM PORTEMONNAIE DER SCHWEIZER BEVÖLKERUNG. DIE PRÄMIENENTLASTUNGS-INITIATIVE DER SP GIBT VOR, DIE PRÄMIENLAST ZU REDUZIEREN. DIE INITIATIVE FÜHRT ALLERDINGS ZU FALSCHEN ANREIZEN UND ERHEBLICHEN MEHRKOSTEN MIT BIS ZU 12 MILLIARDEN FRANKEN PRO JAHR. BEZAHLEN MUSS DAS GANZE VOR ALLEM AUCH DER MITTELSTAND, DIE FAMILIEN UND DIE KMUS. KLAR IST: FÜR DIE MENSCHEN MIT TIEFEREN EINKOMMEN BRAUCHT ES ENTLASTUNGEN. DER INDIREKTE GEGENVORSCHLAG SETZT GENAU HIER AN.

Faktenlage

- Die Prämienentlastungs-Initiative der SP fordert, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss.
- Gemäss Botschaft des Bundesrats würde die Initiative per 2030 zu Mehrausgaben von jährlich bis zu 12 Milliarden Franken für Bund und Kantone führen. Wer das bezahlen soll, lässt die Initiative offen.
- Bundesrat, Parlament und Kantone lehnen die Initiative ab.
- Bundesrat und Parlament haben einen griffigen indirekten Gegenvorschlag ergriffen, welcher bei einer Ablehnung der Initiative zum Zug kommt.

Die Prämienlast muss effizient und nachhaltig gesenkt werden

Die Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren merklich gestiegen. Es ist darum richtig und wichtig, dass der Staat mit gezielten Prämienentlastungen die Menschen mit tieferen Einkommen unterstützt. Das geschieht bereits heute. Alle Kantone haben entsprechende Prämienentlastungsmassnahmen. Die Prämienentlastungs-Initiative der SP hingegen ist völlig überrissen. Sie verursacht Kosten von bis zu 12 Mrd. Franken pro Jahr. Das

KONTAKT

FRIDOLIN MARTY

Leiter Gesundheitspolitik

fridolin.marty@economiesuisse.ch

führt unweigerlich zu höheren Steuern und Abgaben, was besonders auch den Mittelstand, Familien und die KMUs trifft.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt, wird das heutige System ebenfalls ausgebaut, aber massvoll. Zudem sind zahlreiche weitere Reformen in der Umsetzung, die an der Kostenseite ansetzen und zum Ziel haben, dass die Prämien gesenkt werden können. Das heutige System ist auch deshalb sinnvoll, weil die Kantone gezielt über die Art und Höhe der Prämienvergünstigungen entscheiden können. In den letzten Jahren gab es in diversen Kantonen Volksabstimmungen über die Höhe der Prämienentlastungen. Dieser föderalistische Ansatz muss gewahrt bleiben.

Es liegt in der Natur der kollektiven Finanzierung im Gesundheitswesen, dass negative Anreize geschaffen werden. Eine Person, welche oft unnötigerweise zum Arzt geht, verursacht hohe Kosten, welche von der Allgemeinheit mitgetragen werden. Die Prämienentlastungs-Initiative verstärkt diesen Effekt. Wenn die selbst zu tragenden Kosten fix begrenzt sind, kann dies zu Überkonsum verleiten. So «überisst» man sich beispielweise bei einem «All You Can Eat» gerne einmal, da man das Maximum aus dem Preis herausholen will. Das Nachsehen haben die Menschen und die Kantone mit tieferen Gesundheitskosten, welche unweigerlich den Mehrkonsum und die damit verbundenen höheren Gesundheitskosten von Dritten mit höheren Steuern und Abgaben finanzieren müssten.

Das Gesundheitswesen ist heute hauptsächlich Aufgabe der Kantone. Die Initiative würde mit grossen Schritten in eine vom Bund gesteuerte Staatsmedizin führen. Der Bund müsste die Finanzierung beispielsweise über die Erhöhung der Mehrwertsteuer lösen und somit der gesamten Bevölkerung einiges kosten. Sparsamere Regionen und Kantone würden künftig die Ausgabenfreudigen quersubventionieren. Der Bund wird mit der Finanzierung auch entsprechend mitreden wollen. Das erfolgreiche Subsidiaritätsprinzip der Schweiz wird durch die Initiative übersteuert. Die Verlierer sind die Einwohner der Regionen und Kantone, die bisher achtsam mit den Gesundheitskosten umgegangen sind.

Position der Wirtschaft: Nein zur Prämienentlastungs-Initiative

- Menschen mit tieferen Einkommen sollen durch Prämienentlastungen gezielt unterstützt werden. Dieses Prinzip wird durch den indirekten Gegenvorschlag gestärkt.
- Die Prämienentlastungs-Initiative würde diejenigen Kantone und Regionen bestrafen, die die Gesundheitskosten besser unter Kontrolle haben. Sie müssten künftig die Ausgabenfreudigen quersubventionieren. Menschen und Regionen, die Gesundheitsleistungen moderat und nur im Bedarfsfall in Anspruch nehmen müssten noch stärker als heute für die Kosten aufkommen müssen, die durch die Überversorgung in anderen Kantonen entstehen.
- Der Föderalismus sollte gestärkt und darf nicht geschwächt werden. Die Kantone bestimmen heute die Höhe der individuellen Prämienverbilligung (IPV). Dabei bleibt auch die Möglichkeit zur demokratischen Mitsprache in den Kantonen gewahrt. Es ist nicht notwendig das gesamte System zu zentralisieren und dem Bund massive Kosten aufzubürden. Als Folge der Zentralisierung hätten die Kantone immer weniger Anreize, das Gesundheitssystem effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Die Kantone dürften auch immer weniger mitbestimmen, da der Bund die meisten Kosten tragen würde. Es wäre ein weiterer Schritt in Richtung einer zentral gesteuerten Staatsmedizin.

- Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ist durch die kollektive Finanzierung mitverschuldet: Sie schafft einen Anreiz, unnötige Leistungen der Allgemeinheit anzulasten. Die Initiative möchte die Finanzierung stärker vergemeinschaften. Dies wird den Anreiz bei den Patienten verstärken, unnötige Leistungen zu verlangen. Das ist kostentreibend und kontraproduktiv.
- Die Finanzierung der Initiative verursacht Steuererhöhungen. Die sehr hohen Ausgaben von bis zu 12 Mrd. Franken können kaum durch Einsparungen bei anderen Staatsaufgaben kompensiert werden. Der Bund kämpft bereits mit hohen Defiziten. Erhebliche Mehrbelastungen können entsprechend nur noch über Steuererhöhungen finanziert werden. Diese belasten Mittelstand, Familien und KMU am stärksten. Für den Mittelstand, der mit der Initiative entlastet werden sollte, ist sie eine Mogelpackung.
- Die Initiative hätte ebenfalls zur Folge, dass höhere Arbeitspensen unattraktiv werden. Ein höheres Einkommen würde dann eine höhere Prämie bedeuten. Das inländische Arbeitskraftpotential wird ohne Not weiter ausgedünnt und der Fachkräftemangel verschärft.